

MITTAGSPOST

11.02. Ausgabe 03/2021

Fraktion

In dieser Woche haben die Ministerpräsidenten gemeinsam mit Olaf Scholz und Angela Merkel über das weitere Vorgehen bzgl. des Lockdowns diskutiert. In der breiten öffentlichen Diskussion wird oft behauptet, dass wir Bundestagsabgeordneten an diesen Gesprächen nicht beteiligt seien. Dem muss ich widersprechen: In der Fraktionssitzung am Dienstag haben wir gemeinsam mit Olaf Scholz und unseren Gesundheitspolitikern intensiv über das weitere Vorgehen diskutiert. Fast ausnahmslos haben alle Kollegen klargemacht, dass der Lockdown zunächst verlängert werden muss und eventuelle Lockerungen eng im Zusammenhang mit den Inzidenzzahlen betrachtet werden müssen. Diese Haltung hat Olaf Scholz auch in der Runde mit den Ministerpräsidenten vertreten. Wir wissen, wie hart diese Einschnitte sind. Gerade vor dem Hintergrund der Virus-Mutanten halten wir ihn momentan aber für unumgänglich. Ich bin froh, dass zumindest Niedersachsen bereits eine kluge Perspektive für Öffnungen vorgelegt hat ([Infos hier](#)).

Einfacher in der Beantragung und umfangreicher ist die neue Überbrückungshilfe III, die ab sofort beantragt werden kann. Damit versuchen wir weiterhin unsere Unternehmen bestmöglich zu unterstützen. Es sind jetzt auch Unternehmen antragsberechtigt, die in einem Monat einen Umsatzeinbruch von mindestens 30 Prozent im Vergleich zu 2019 erlitten haben ([Infos hier](#)).

Plenum

Auch in der Plenarsitzung haben wir uns an diversen Punkten der Corona-Pandemie und ihrer Bewältigung gewidmet. Los ging es mit der Regierungserklärung zu den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz. Am Freitag haben wir dann das dritte Corona-Steuerhilfegesetz beschlossen. Damit fixieren wir den Umsatzsteuersatz für die Gastronomie bis zum 31. Dezember 2022 auf 7%. Außerdem wird für jedes im Jahr 2021 kindergeldberechtigte Kind ein Kinderbonus von 150 Euro gewährt und der steuerliche Verlustrücktrag ausgeweitet. ([Infos hier](#)).

Andere Themen waren natürlich auch auf der Tagesordnung: Wir haben ein Gesetz zum erleichterten Aufbau einer gebäudeintegrierten Lade- und Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität beschlossen. Ein wichtiger Baustein zur Mobilitätswende ([Infos hier](#)).

Am letzten Plenartag haben wir in erster Lesung die Änderungen des Bundespolizeigesetzes beraten. Neben der Anpassung des Gesetzes an die aktuelle technische Entwicklung werden die Befugnisse der Bundespolizei im Bereich der Telekommunikationsüberwachung ausgeweitet. Auch soll die Bundespolizei Befugnisse für die Überwachung verschlüsselter Kommunikation erhalten, beschränkt allerdings im Rahmen ihrer Zuständigkeit auf die Bekämpfung wesentlicher Teile der Organisierten Kriminalität ([Infos hier](#)).

Rede im Plenum



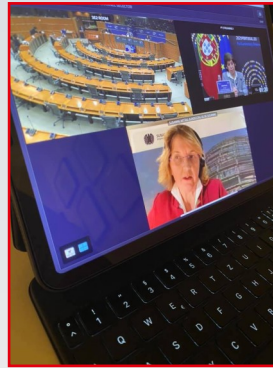
Am Donnerstagabend durfte ich für die SPD-Bundestagsfraktion zur abschließenden Beratung der Verschärfung des neuen Geldwäschegesetzes reden. Geldwäsche ist das Resultat aus Straftaten wie z.B. aus der Organisierten Kriminalität, pandemiebedingten Straftaten, Drogenhandel, Diebstahl, Zwangsprostitution und Betrug bis vor die Haustür. Die wesentlichste Änderung des Gesetzes ist die Abschaffung des sogenannten Vortatenkataloges. Damit kann jetzt jede Straftat als potenzielle Vortat zur Geldwäsche gelten ([die ganze Rede hier](#)).

Insektenschutzgesetz

In den vergangenen Tagen wurde viel über den Insektenschutz diskutiert. Die größten Konflikte konnten in dieser Woche abgeräumt werden. Diese gab es bei der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung aus dem Ministerium von Julia Klöckner. Die umstrittenen Einschränkungen für Herbizide und bienenschädliche Insektizide in Schutzgebieten sollen nicht für Sonderkulturen im Obst und Gemüsebau, für Hopfen und Wein sowie für die Saatgutproduktion gelten. Auch der Ackerbau wird mindestens bis 2024 davon ausgenommen. Bis dahin machen die Bundesländer eigene Programme. Dies sichert den Niedersächsischen Weg ([Infos hier](#)).

Europol-Konferenz

Vergangene Woche kam der Europol-Kontrollausschuss zu seiner turnusmäßigen Tagung zusammen. Unter normalen Bedingungen hätte die Sitzung im portugiesischen Lissabon stattgefunden. Natürlich hat die Pandemie dies nicht zugelassen. So waren die Mitglieder des Ausschusses digital nach



Lissabon und Brüssel geschaltet. Aufgabe des Ausschusses ist die Arbeit der europäischen Polizeibehörde zu kontrollieren und Schwerpunktaufgaben der europäischen Kriminalitätsbekämpfung zu definieren. Insbesondere die Auswirkungen von Covid-19 auf die innere Sicherheit Europas waren Thema. Seit Beginn der Pandemie bemerken wir eine Zunahme von Betrug beim Onlineshopping, Hackerangriffe gegen medizinische Einrichtungen, Betrug bei Konjunkturhilfen, gefälschte Arzneien und Impfpräparate. Wir brauchen mehr europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen diese Kriminalitätsformen.



Am 12. Februar begehen wir immer den „Red-Hand-Day“. Damit erinnern wir an die vielen Kinder weltweit, die als Kindersoldaten und auch sexuell missbraucht werden.